

Das Leben in der Gemeinde Alfter wird deutlich teurer

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

das Leben in der Gemeinde wird für uns alle deutlich teurer. Wie konnte es soweit kommen? Wir Freien Demokraten möchten Sie transparent über die Ursachen, Verantwortlichkeiten und Folgen informieren.

Im Dezember 2022 wurde die Politik seitens der Verwaltung erstmals über das finanzpolitisch Unvorstellbare informiert: Der Hebesatz der Grundsteuer B soll ab 2024 bei 1.500 Punkten liegen und ab 2027 bei 1.800 Punkten - der höchste Grundsteuer B-Hebesatz in der Bundesrepublik Deutschland.

Grundsteuer B zahlen Eigentümer, Mietende über die Nebenkosten und auch Gewerbetreibende.

Auswirkungen auf alle Haushalte:



Die FDP hat in der Vergangenheit immer wieder Einsparungen und die Erarbeitung von Konsolidierungsmaßnahmen gefordert. Trotz Bekanntwerden der Kosten für den Erweiterungsbau des Gymnasiums i.d.H. von 80 Mio. € wurde unser Antrag zuletzt im November 2022 durch CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler abgelehnt.

Nach Erarbeitung von Konsolidierungsmaßnahmen durch die Lenkungsgruppe, konnte die FDP den Eckpunkten für das Haushalts sicherungskonzept und folglich dem Gymnasium aufgrund der drastischen finanziellen Belastung für alle Menschen in der Gemeinde sowie der Neuerschulung pro Kopf von bisher 808€/Einwohner auf 4.850€/Einwohner auch im Januar 2023 nicht zustimmen

- keine Entscheidung gegen Bildung, sondern gegen einen unverantwortlichen finanzpolitischen Blindflug.

FDP lehnt drastische Steuererhöhung ab:



Grundsteuererhöhung auch ohne Gymnasium

Die Grundsteuer B sollte auch ohne das Gymnasium auf 1.250 Punkte steigen. Gründe hierfür sind u.a.: hohe Kosten und Einnahmeausfälle aufgrund der Corona Pandemie und des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, Anstieg der Kreisumlage, gestiegene Bau- und Energiekosten, Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes und Hochwasserschutz sowie Unterbringung von Geflüchteten und Umsetzung des Rechtsanspruches auf Kita- und OGS-Plätze.

2

Landesregierung finanziert nicht kostendeckend

Die schwarz-grüne Landesregierung weigert sich trotz des allgemein anerkannten Konnexitätsprinzips („wer bestellt, bezahlt“), die Kommunen ausreichend u.a. für die Bereitstellung von Kita- und OGS-Plätzen sowie für die Unterbringung von Zufluchtssuchenden, zu finanzieren. Fehlbeträge müssen aus dem Gemeindehaushalt finanziert werden.

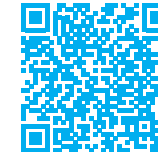
Alfter lebt über seine Verhältnisse

Bei vielen notwendigen Bauprojekten, aber auch Prestigeprojekten hat die Gemeinde in den letzten Jahren von den günstigen Zinsen profitiert. Gestiegene Bau- wie auch Zinskosten stellen uns nun vor große Herausforderungen. Die Mehraufwendungen bspw. für die Mehrzweckhalle in Alfter (ISEK) betragen bisher rund 3,7 Mio.€.

Nicht nur die gestiegene Arbeitsbelastung während der Corona Pandemie, sondern auch die gewachsenen Anforderungen im Projektmanagement haben zu einem stetigen Stellenzuwachs der Verwaltung geführt.

Die jüngsten Tarifsteigerungen in Höhe von insgesamt 11% bedeuten allein für die Stellenplanerweiterung zum Haushalt 2023 jährlich zusätzliche Kosten i.d.H. von 441.930€.

Haushaltsrede der FDP-Fraktion:



Obwohl mit dem Haushalt 2021/2022 bereits absehbar war, dass der Haushalt 2024 nicht mehr ohne große Veränderungen ausgeglichen dargestellt werden kann, wurde die Forderung der FDP, OGS-Plätze in bestehenden Klassenräumen abzubilden, abgelehnt (künftig aufgrund der desolaten Finanzlage dennoch Realität).

Stattdessen fasste eine Ratsmehrheit mit Stimmen des Bürgermeisters, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Freien Wähler den Beschluss das Alfterer Schloss für die Bereitstellung von OGS-Plätzen anzumieten und umzubauen. Kosten: Miete 120T€ jährlich zzgl. Nebenkosten für die nächsten 20 Jahre sowie bisher rund 700T€ Umbaukosten. Das Schloss kann darüber hinaus derzeit auch für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden. Dies war bereits 2015 ohne lange Mietbindung möglich.

3

Verbindliche Vorentscheidung durch CDU, Grüne und Freie Wähler

Mit dem Beschluss zu den Eckpunkten für das Haushaltssicherungskonzept sowie dem Haushalt 2023 haben CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler eine verbindliche Vorentscheidung für den Grundsteuer B-Hebesatz von 1.500 Punkten getroffen. Die in den Doppelhaushalt 2024/2025 einfließenden Konsolidierungsmaßnahmen sind geeignet, den Hebesatz zu senken. Inwieweit die Senkung erfolgen kann, werden der Haushaltsentwurf in der Ratssitzung am 21. September und die darauffolgenden Haushaltsberatungen zeigen.

Fehler des Bürgermeisters und dessen Folgen

Bürgermeister Dr. Rolf Schumacher hatte seit dem Beschluss zur Sanierung des alten Hauptschulgebäudes (Kosten rund 11. Mio.€) im Juni 2019 ausreichend Zeit zu prüfen, ob am bestehenden Campus ohne Weiteres nach § 34 BauGB ein Erweiterungsbau realisiert werden kann. Entgegen seinen Ausführungen in der Presse hat der Bürgermeister die verwaltungsinterne Prüfung jedoch erst Mitte Mai 2023 in Auftrag gegeben.

Ergebnis: Es ist zwingend ein zeitaufwendiges Bauleitplanverfahren erforderlich, dass eine Vollzeitstelle in der Verwaltung bindet und eine kostenintensive Interimslösung während der Bauphase unumgänglich macht.

Konsolidierung nicht ausschließlich über Grundsteuer B

Neben der Anhebung der Grundsteuer B soll der Haushalt durch die Anhebung bestehender Gebühren und der Hundesteuer, Einsparungen aber auch neuer Gebühren und Steuern konsolidiert werden. Darunter u.a. Grundsteuer C (unbebaute Grundstücke), Zweitwohnsitzsteuer, Parkraummanagement und Anwohnerparken sowie eine Gewässerunterhaltungsgebühr.

Unsere detaillierten Positionen finden Sie hier: und auf www.fdp-alfter.de

Positionen und Fakten zu Steuererhöhungen:



4

Unsere Forderungen zur Konsolidierung

Wir Freien Demokraten haben uns sowohl über Anträge zum Haushalt 2023 wie auch in der Lenkungsgruppe kritisch konstruktiv bei der Erarbeitung von Konsolidierungsmaßnahmen eingebracht. Für dringend erforderlich halten wir folgende Maßnahmen:

1. Erweiterungsbau Gymnasium

Die Reduzierungsmöglichkeiten des Erweiterungsbaus müssen vollständig ausgeschöpft werden. Unsere Anträge zum Raumprogramm wurden bisher von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler und bei Enthaltung der SPD abgelehnt:

Unsere Initiative zur Reduzierung des Erweiterungsbau:



2. ISEK-Ortskernumgestaltung Alfter

Wir fordern die größtmögliche Reduzierung des Projektes ohne Verlust der Förderfähigkeit bereits begonnener Maßnahmen. Ein Verlust der Förderfähigkeit bereits begonnener Maßnahmen hätte gravierende Auswirkungen auf den Haushalt. Über die Reduzierung/Streichung der folgenden Projekte muss eine Abstimmung mit dem Fördermittelgeber erfolgen:

- Neugestaltung des Dorfplatzes	3.493.885€
- Schlosspark u. Entrée	1.425.983€
- Freianlage	1.342.044€
- Am Herrenwingert	807.898€
- Fassaden und Hofprogramm	280.000€
- Quartiersarchitektur	77.000€
- Verfügungsfonds	50.000€

3. Personalkosten

Die Verwaltung wird aufgefordert aufzuzeigen, wie Personal effizienter eingesetzt und interkommunale Zusammenarbeit intensiviert werden kann. Stellenzuwachs kann nur noch bei zwingendem Erfordernis erfolgen.

4. Einnahmen durch zusätzliches Gewerbe

Wir unterstützen die Verpachtung von Flächen für Erneuerbare Energien, über die zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen generiert werden können. Zudem müssen die noch verfügbaren Gewerbeflächen in den Gewerbegebieten Alfter-Nord und Witterschlick-Nord zügig vermarktet werden.

Liberal. Kompetent. Transparent.

Wir Freien Demokraten nehmen Ihre Sorgen und Ängste ernst. Zur Konsolidierung des Haushaltes sind wir bereit, auch beim Rat der Gemeinde Alfter anzusetzen und die Ratsmandate sowie die daraus resultierenden Aufwandsentschädigungen entsprechend der rechtlichen Möglichkeiten zu reduzieren. Einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite werden unvermeidlich sein.

Wir werden uns im Rahmen der Möglichkeiten als kritisch konstruktive Opposition weiterhin dafür einsetzen, die Belastungen für alle Menschen in der Gemeinde Alfter größtmöglich zu reduzieren und weiterhin transparent auf unserer Homepage und in den sozialen Medien berichten.

Antworten der FDP zur Onlinepetition:



Unsere detaillierten Positionen und Antworten zur Onlinepetition finden Sie auf:

www.fdp-alfter.de

Seit 2020 Ihre liberalen Stimmen im Rat

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, sprechen Sie uns bitte persönlich an oder schreiben Sie uns eine Email.



Miriam Clemens
miriam.clemens@fdp-alfter.de



Michael Klencz
michael.klencz@fdp-alfter.de

Liberaler Finanzinitiativen:

Digitale Ratsarbeit:

Einsparung 43.400€ p.a.

Straßenbeleuchtung (interfraktioneller Antrag):

Einsparung 72.000€ p.a.

Reduzierung ISEK: In Prüfung

Intensivierung interkommunale Zusammenarbeit: In Prüfung

Finanzierungskonzept für derzeit Risiko behaftete Finanzierung der Beamtenpensionen:

In Bearbeitung

Alternatives Konzept zum Gymnasium, keine Offenheit der anderen Fraktionen



IMPRESSUM

Freie Demokratische Partei (FDP)
Ortsverband Alfter
Ratsfraktion Alfter

www.fdp-alfter.de

V.i.S.d.P.:

Miriam Clemens
Vorsitzende Ortsverband
Fraktionsvorsitzende
Nettekovener Str. 28
53347 Alfter

Redaktion und Grafik:

Miriam Clemens
Michael Klencz
Markus Polten
Redaktionsschluss:
31. Juli 2023

Freie Demokraten
Alfter FDP